

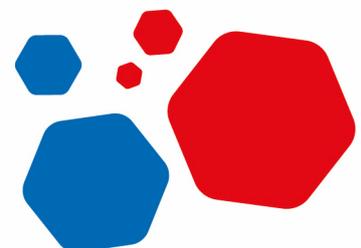
Kinder und Jugendliche psychisch stark machen Unsere Forderungen

Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention) wurde 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und trat 1992 in Deutschland in Kraft. Die Kinderrechtskonvention hat in Deutschland damit den Rang eines einfachen Bundesgesetzes und verpflichtet Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen dazu, die Kinderrechte anzuwenden und umzusetzen.

Artikel 24 der UN-Kinderrechtskonvention sichert Kindern das „erreichbare Höchstmaß an Gesundheit“ sowie die dafür notwendigen Behandlungen zu. Zur Auslegung des Artikels hat der Kinderrechtsausschuss der Vereinten Nationen den General Comment Nr. 15 (2013) veröffentlicht. Demnach ist das Recht auf Gesundheit als ein „inklusives Recht“ zu verstehen, dass sich nicht nur auf frühzeitige und angemessene Prävention, Gesundheitsförderung, kurative, rehabilitative und palliative Dienstleistungen erstreckt, sondern auch auf das Recht, unter Bedingungen aufzuwachsen, zu leben und sich zu entwickeln, die es den Kindern ermöglichen, den höchsten Gesundheitsstandard zu erreichen (GC Nr. 15 2013: Rn. 2). Die Gesundheit des Kindes wird in Artikel 24 UN-KRK mehrdimensional verstanden: Sie umfasst das „körperliche, geistige und soziale Wohlbefinden“ des Kindes. Dieses Gesundheitsverständnis ist an die Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) angelehnt, welche als eigene Institution das Recht auf Gesundheit innerhalb der Vereinten Nationen verkörpert (GC Nr. 15 2013: Rn. 4).

Während der Covid-19-Pandemie waren junge Menschen von den damit einhergehenden Belastungen in besonderer Weise betroffen, da sich die getroffenen Regelungen zur Eindämmung des Virus massiv auf ihre Entwicklungen ausgewirkt haben. Insbesondere der Wegfall gegebener Strukturen durch die Schließungen von Kindertagesstätten und Schulen, aber auch die Beschränkungen von Kontakten haben bei einer Vielzahl junger Menschen zu Sorgen, Ängsten und Stress, bei nicht wenigen zu Zwangs-, Ess- und Anpassungsstörungen sowie Depressionen und bei manchen auch zu einer erhöhten Suizidalität geführt. Auch die Wiederöffnung der Einrichtungen und die Rückkehr in den Schulalltag haben manche Kinder als schwierig empfunden, da sich in der Phase des Home-Schooling Lernlücken aufgebaut haben und Kindern nun unter Leistungsdruck sowie Versagensängsten leiden. Auch die zwischenzeitliche soziale Abstinenz führt bei einem Teil der Kinder zu Herausforderungen sich nun wieder in Gruppen und Gemeinschaften zurechtfinden zu müssen.

Durch die Vielzahl an professionellen Gesprächs- und Beratungsbedarfen kam und kommt es in den Bereichen der Kinder und Jugendlichenpsychotherapie sowie der Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie zu langen Wartezeiten – und dies auch schon vor der Pandemie. Kurzfristige Abklärungen sind oft nicht möglich. Dabei wären gerade diese wichtig, da ein rechtzeitiger Kontakt zu einer qualifizierten Ansprechperson oftmals vor einer später notwendigen Therapie schützen kann. Auch mangelt es an verbindlichen



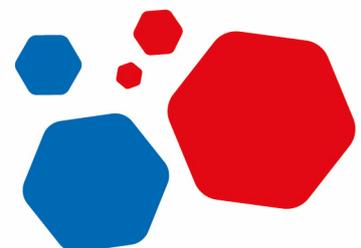
Kooperationsstrukturen der unterschiedlichen Systeme, mit denen Kinder und Jugendliche in Kontakt kommen.

Neben der andauernden Covid-19-Pandemie sowie daraus resultierenden Desorientierungen tragen weitere Prozesse und Geschehnisse zu großen Verunsicherungen bei. So sorgen sich Kinder und Jugendliche wegen des Krieges Russlands gegen die Ukraine oder auch wegen des Klimawandels. Aktuelle Studien weisen nach, dass viele junge Menschen die Zukunft als beängstigend empfinden.

Häufig bleiben vor allem im Schulkontext wenig Raum und Zeit, um Erlebtes gemeinsam zu verarbeiten, Sorgen zu besprechen und Sichtweisen untereinander auszutauschen, da der Fokus auf der Vermittlung von Lernstoff sowie auf dessen Prüfung gelegt wird.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

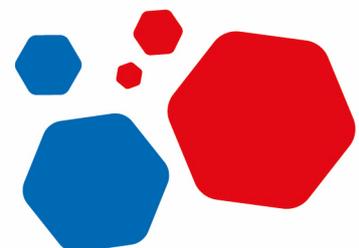
- **Soziale Funktionen stärken:** Neben der Qualifizierungsfunktion von Bildungseinrichtungen spielen soziale Faktoren eine zentrale Rolle. Die Nichtberücksichtigung dieses Faktums führt zu psychischen Auffälligkeiten bei jungen Menschen wie auch Erwachsenen, welche nach Öffnung von Schulen dort verstärkt wurden, wo erneut allein der Bildungsstandmessung der Vorrang gegeben wurde. Stattdessen würde es Kindern, Jugendlichen und auch Fachkräften helfen, (Leistungs-)Druck zu minimieren sowie Zeit und Raum für den gemeinsamen Austausch zu ermöglichen und Akzeptanz für Unwägbarkeiten auf allen Seiten zu schaffen. Hilfreich ist dabei eine multiprofessionelle Ausstattung der Schulen sowie die Kooperation mit weiteren pädagogischen Projekten und Professionen. Schulsozialarbeitende, Gesundheitsfachkräfte, Schulpsycholog*innen und/oder Lernbegleitende sind erste Ansprechpersonen für Kinder und Jugendliche bei Ängsten und Sorgen, können diese zumindest teilweise auffangen und im Zweifelsfall in Rücksprache mit Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen und –psychiater*innen in geeignete, weiterführende Angebote vermitteln. Insgesamt sollte Schule personell und strukturell gestärkt werden, um Unterstützung beim Ausgleich individueller Ungleichheiten auf familiärer Ebene sowie Raum und Zeit für die Auseinandersetzung mit dem eigenen Wohlbefunden bieten zu können.
- **Gesundes Leben als Bildungsthema:** Verunsichernde gesellschaftliche oder (welt-)politische Geschehnisse sind allgegenwärtig. Sich ihnen zu entziehen ist in unserer heutigen, medialen Welt nahezu unmöglich. Umso wichtiger ist es, psychische Gesundheit und Resilienzförderung in die Gesundheitsprävention im Bildungssystem einzubetten. Im Zentrum sollte die Vermittlung eines „gesunden Lebens“ stehen, für das Ernährung und Bewegung ebenso wichtig sind wie Psychohygiene und der Umgang mit Belastungen. Dabei sollten entsprechende Programme und Inhalte nachhaltig und nicht nur im Rahmen von Projektförderungen im Bildungsalltag abgesichert werden. Zudem sind entsprechende Fort- und Weiterbildungen für Fachkräfte vorzusehen.



- **Begleitung der Fachkräfte:** In schwierigen Zeiten benötigen auch pädagogische Fachkräfte Rat, Unterstützung und Zuspruch. Dies kann durch die Beförderung von vermehrten kollegialen Reflexionen, Supervisionen, spezifischen Weiterbildungsangeboten und dem Austausch mit Fachkräften der Gesundheitsversorgung gewährleistet werden. Um das Personal nicht zusätzlich zu belasten, sollte dies im Rahmen der jeweiligen Stundenverpflichtung Berücksichtigung finden.
- **Kooperation der Systeme:** Um Fachkräfte in Kindertagesstätten und Schulen unterstützen sowie in Einzelfällen auch konkret zusammen arbeiten zu können, muss das Zusammenwirken von pädagogischem sowie medizinischem und psychotherapeutischem System befördert werden. Dafür erscheint es sinnvoll, entsprechende Kooperationen vorzusehen, diese gesetzlich stärker zu verankern sowie finanziell zu unterstützen. Ein besonderer Blick muss hierbei auch auf die Schnittstelle zwischen psychiatrischer stationärer Versorgung und der Unterbringung in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gelegt werden.
- **Gesundheitsversorgung:** Nicht erst durch die Covid-19-Pandemie wurde deutlich, dass die Versorgung mit Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen und –psychiater*innen nicht in allen Regionen Deutschlands im Verhältnis zum Beratungs- und Behandlungsbedarf junger Menschen steht. Möglicherweise kann dem durch eine kleinräumlichere Betrachtung der Versorgungsgebiete und damit einhergehender zusätzlicher Praxen begegnet werden. Vorstellbar wäre auch, dass sich mehrere Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen einen Sitz teilen, wenn diese nicht Vollzeit tätig sind. Kurzfristig könnte ebenso die temporäre Abrechnungsmöglichkeit ohne Kassensitz eine Entlastung darstellen. Hierbei sind insbesondere das Stadt-Land-Gefälle bzw. regionale Engpässe zu berücksichtigen.
- **Kitas und Schulen bleiben offen:** Kindertagesstätten und Schulen sind soziale Orte für junge Menschen. Ihr Besuch strukturiert den kindlichen Alltag, ermöglicht sozialen Austausch, trägt zur Vermittlung von Kultur und Werten bei, fördert die Entwicklung von Persönlichkeit und ist maßgeblich für die Wissensvermittlung sowie Kompetenzerwerb.

Im Rahmen des Umgangs mit der Covid-19-Pandemie wurden Kindertagesstätten und Schulen allzu oft auf ihre Bildungsfunktion reduziert. Politische Bemühungen waren zumeist allein darauf ausgerichtet, die Qualifizierung junger Menschen zu sichern, soziale und psychische Funktionen blieben vielfach unberücksichtigt.

Um die ganzheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen befördern zu können ist es daher unerlässlich, Kindertagesstätten und Schulen offen zu halten.



- **Pandemiegerechte Kitas und Schulen:** Um Kindertagesstätten und Schulen während der Covid-19-Pandemie sicher geöffnet betreiben zu können, aber auch auf mögliche ähnliche zukünftige Szenarien vorbereitet zu sein, sind die Einrichtungen bzw. ihre Träger mit zusätzlichen Ressourcen auszustatten. Mit diesen sollten beispielsweise zusätzliche Räumlichkeiten angemietet, weiteres Personal eingestellt und Luftfiltergeräte sowie notwendige Hygienematerialien beschafft werden können. Damit auch in Schule problemlos in gleichbleibenden Lerngruppen mit gebundenen Lehrkräften gearbeitet werden kann, sollte von der verbindlichen Stundentafel zugunsten von Projekt- und Themenarbeiten abgewichen werden können, Lehrplanvorgaben und Prüfungen könnten befristet ausgesetzt werden. Selbstverständlich sollte sein, dass die Sanitäreinrichtungen über Warmwasser, ausreichend Seife sowie hygienische Handtrocknungsmöglichkeiten verfügen. Darüber hinaus erscheint es unerlässlich, langfristig darauf hinzuwirken, dass alle Gruppen- und Klassenräume (wieder) mit Waschbecken ausgestattet werden.

Die Folgen unserer Forderungen

Die als Folge unserer Forderungen dauerhaft geöffneten, für mögliche weitere Virusvarianten gerüsteten Schulen stellen einen wichtigen Faktor dar, um die individuellen Beeinträchtigungen bei Kindern, welche die Pandemie mit sich führt(e), abmildern bzw. auffangen zu können. Neben die reine Wissensvermittlung würde die soziale Funktion als wichtige Aufgabe von „Schule“ treten und damit der individuellen Förderung sowie dem Ausgleich ungleich verteilter familiärer Bildungsressourcen Vorrang vor Leistungsfeststellung gegeben.

Die geforderten multiprofessionellen Schul-Teams und die Kooperation des Bildungssystems mit dem medizinischen Bereich, könnten nicht nur auf die durch die Corona-Pandemie ausgelösten Krisen von jungen Menschen mit Fachexpertise reagieren, sondern sich mittel- und langfristig zu einem Frühwarnsystem mit Fokus u.a. auf die psychischen Beeinträchtigungen bei Kindern entwickeln. Zudem könnten dadurch zeitnah Unterstützungsmaßnahmen organisiert werden. Der intensivere Austausch würde ferner begünstigen, präventive Ansätze in Kitas und Schulen zu etablieren und kann dazu beitragen, das Stigma „psychisch krank“ zu verringern. Pädagogische Fachkräfte würden schließlich innerhalb ihres Stundenkontingents Unterstützung erfahren und gestärkt ihrer herausfordernden Arbeit nachgehen können.

Oftmals manifestieren sich psychische Probleme und Erkrankungen bereits im Kindesalter. Eine bessere medizinische Versorgung und gelingende Kooperationen könnten dem einzelnen Kind frühzeitig helfen und somit auch hohe soziale Folgekosten von psychischen Erkrankungen minimieren. Unsere Gesellschaft als Ganzes würde somit profitieren.

